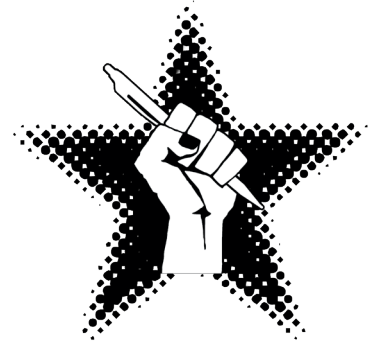


AUS GRÜNDEN



29. September 2018 | Newsletter Nr. 2

KAMAPGNE - LERNEN AM LIMIT

Schlechte Lernbedingungen? Keine Kohle? Keine Wohnung? Schluss damit!

Ab dem 15. Oktober startet das Lernfabriken...meutern!-Bündnis gemeinsam mit anderen Bündnissen (z.B. Studis gegen Wohnungsnot) eine bundesweite Kampagne gegen Wohnungsnot, Lehrkräftemangel und für eine bessere Ausbildungs-/Studienfinanzierung. Ab dem 15. Oktober organisiert das Bündnis Informationsveranstaltungen und Camps an möglichst vielen verschiedenen Bildungsorten. Am 14. November werden auch an möglichst vielen Orten dezentral Vollversammlungen oder Protestplena organisiert um gemeinsame Forderungen zu beschließen. Daraufhin findet der vom 23. bis 25. November 2018 der Kongress „Lernen am Limit. Bildung, Arbeit und Leben im Kapi-

talismus“ statt, wo wir uns mit allen Interessierten vernetzen, die Kampagne auswerten und weitere Schritte planen.

Der Sinn dieser Kampagne liegt darin, Kräfte zu vereinen, um gemeinsam möglichst großen politischen Druck auszuüben und basisorientierte Aktionsmöglichkeiten zu bieten. Schließlich handelt es sich um Probleme, unter denen viele Studierende, Auszubildende und Schüler*innen leiden. Und zwar ab dem ersten „Arbeitstag“. Hier wollen wir gemeinsam aktiv werden und Menschen in politische Arbeit einbeziehen, die bisher noch keine Berührungspunkte mit diesem Betätigungsfeld hatten. Gesellschaftliche Veränderungen lassen sich aber nur durchsetzen, wenn ein Großteil der Betroffenen aktiv wird.

Die Kampagne ist offen gestaltet, ihr könnt euch schlicht solidarisieren und als Unterstützer*innen gelistet werden. Genauso gut könnt ihr bereits geplante Aktionen in die Kampagne einfügen oder noch etwas eigenständiges Organisieren. Ein Infostand, ein symbolisches Banner, ein Vortrag oder ein Auftaktplenum - solche oder ähnliche Aktionen sind schon super um zu signalisieren, dass wir Viele sind. Wir wollen zeigen, dass wir nicht bereit sind, die Mangelsituation im Bildungswesen hinzunehmen. Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt, wenn ihr Material oder Hilfe braucht, könnt ihr euch jederzeit an uns wenden: info@lernfabriken-meutern.de

OECD-STUDIE

Der berufliche und soziale Status der Eltern bleibt weiterhin der wichtigste Faktor wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs. Trotz erster Erfolge schneidet Deutschland dabei noch immer schlechter ab als der OECD-Durchschnitt. Auch tätigt Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern geringere Ausgaben im Bildungsbereich. Die Vereinbarung des Dresdener „Bildungsgipfels“ in 2008, sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und drei Prozent in Forschung zu investieren, ist noch lange nicht erreicht. Im Bereich der Hochschulfinanzierung gehört Deutschland sogar zu den acht Ländern, in denen die Ausgaben pro Student*in sanken. Die GEW fordert mehr Investition im Bildungssektor um die Quantität und die Qualität des Bildungswesens zu verbessern und auch um den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden (Ansgar Klinger, GEW-Vorstandmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung).

300.000 ERZIEHER*INNEN FEHLEN

In Deutschland fehlen aktuell laut Verdi-Fachbereichsleiterin, Manuela Schmidt, 300.000 Erzieher*innen. Das Problem ist den Landespolitiker*innen bekannt. Allerdings beziehen sie es ebenso wie der mdr auf die lang andauernde Ausbildung. Daher wollen Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen diese nun umbauen bzw. kürzen. Das ist allerdings der falsche Weg, der die bisherige Mangelwirtschaft nur fortsetzt. Die Ausbildung erscheint vielen angehenden Erzieher*innen als langwieriger und beschwerlicher Weg, weil sie in dieser Zeit, wie die meisten Auszubildenden und Studierenden, prekär leben müssen. Wenn Lernenden ihre Ausbildung als „zu langwierig“ erscheint, ist das ein Hinweis auf eine schlecht konzipierte inhaltliche Betreuung und eine unzureichende Lehre. Die Überlegung weiter zu kürzen, geht in die falsche Richtung. Sie entspringt dem Wunsch noch mehr Geld zu sparen. Tatsächlich führt die Sparwut erst

dazu, dass Ausbildungen und Studiengänge abgebrochen werden, weil Menschen die perspektive Lebenssituation nicht weiter ertragen können. Im Rahmen einer guten Betreuung könnte in derselben Zeit viel mehr gelernt werden. Dann würde Lernenden ein Bildungsabschnitt auch nicht wie Zeitverschwendung vorkommen. Das setzt voraus, mehr in Bildung zu investieren – und nicht weniger.

TERMINE

(interne und externe)

[10. Okt.] Wohnraumdemo (Münster)

[15. Okt.] Auftakt - Lernen am Limit

[20. Okt.] #Mietwahnsinn-Hessen (FFM)

[14. Nov.] Vollversammlungen

[23.-25. Nov.] Kongress: Lernen am Limit

Haben wir Termine vergessen? Schreibt uns! oeffentlichkeit@lernfabriken-meutern.de

Lernfabriken ...meutern!

UNGARN PLANT GESCHLECHTERFORSCHUNG ABZUSCHAFFEN

Geschlechterforschung* wird schon seit Jahren von rechten Gruppierungen und Parteien angegriffen. Die Alternative für Deutschland (AfD) fordert in ihrem Wahlprogramm, jegliche finanzielle Mittel für Geschlechterforschung einzustellen und tritt für die Abschaffung von Professuren in Gender Studies und Gleichstellungsbeauftragten ein.

Im August 2018 hat Ungarns Regierung bekannt gegeben, dass sie Geschlechterforschung von den Universitäten verbannen möchte. Sie sehe darin einen Angriff auf die christliche Familie. Die Regierung hat in einer Pressekonferenz ihre Überzeugung einer essentialistischen Rollenverteilung kundgetan und fordert einen stärkeren konservativen Kurs in Kunst, Wissenschaft und Bildung. Laut Vorlage können die bereits zugelassenen Student*innen ihr Studium noch beenden, neue Jahrgänge können jedoch nicht mehr gestartet werden. Die Aktionen Ungarns haben auch Einfluss auf die deutsche Politiklandschaft. Die AfD Sachsen begrüßt Orbáns Schritte und fordert die Abschaf-

fung eines solchen „unwissenschaftlichen Studiengang[s]“ um diesem „sexistische[n] Treiben auch in Sachsen“ ein Ende zu setzen (<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/posts/1657041521091692>).

Aktuell bieten zwei Universitäten in Ungarn Masterkurse in Geschlechterforschung an: die staatliche Eötvös-Loránd-Universität (ELTE) und die private amerikanische Central European University (CEU). Beide kritisieren stark den Eingriff der Regierung als unzulässigen Eingriff in die Autonomie der Hochschulbildung und Wissenschaft.

Der Verband feministischer Wissenschaftler*innen Österreich hat als Reaktion auf die Bekanntgabe einen Protestbrief verfasst. Sie kritisieren die Intervention des Staates und fordern die Freiheit von Wissenschaft. Auch das ungarische Netzwerk der Universitätsdozent*innen protestiert gegen die geplante Abschaffung der Master-Studiengänge für Geschlechterforschung. Sie bitten Vertreter*innen des ungarischen, wie auch des aus-

ländischen universitären und akademischen Lebens, sich diesem Protest anzuschließen.

Gerade jetzt, wenn rechte Parteien und Regierungen immer mehr gegen die Autonomie von Wissenschaft vorgehen, müssen wir solidarisch agieren und dafür sensibilisieren. Professuren in Geschlechterforschung sind in über 30 verschiedenen Themengebieten vorzufinden - von Informatik bis zu Medizin. In Deutschland beträgt der Anteil der Gender Studies-Professuren nur 0,4%. Solche Angriffe auf Geschlechterforschung sind keine akademische Konfrontation, sondern ein politischer Schlag gegen u.a. eine progressive Familien- und Frauen*forschung.

*Geschlechterforschung befasst sich mit der Verteilung von sozialen Normen, was als männlich und weiblich gilt, und wie Rollenbilder von Gesellschaften geprägt werden. Themen, die untersucht werden, sind unter anderem Geschlechterungleichheit, demographische Anliegen und Fragestellungen, die die Familie betreffen.

#HUGEGENSTUDIS

1. SCHIKANE DER STUDENT*INNENSCHAFT

Die Hochschulleitung droht damit, Mieten von studentischen Fachschaften und selbstorganisierten Beratungsangeboten zu verlangen. Damit zweifelt sie die basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen der Studierenden an. Möglicher Hintergrund ist, dass sie versucht eine Anfrage der AfD durchzudrücken, nach der u.a. alle Namen von Referent*innen des Referent_innenrats (RefRat) der letzten zehn Jahre veröffentlicht werden müssen.

Solche Anfragen gibt es seit einigen Jahren in verschiedenen Bundesländern. Die AfD will damit Informationen über linke Strukturen bekommen. In diesem Fall hatte sie den willkommenen Anlass, dass die (In)Transparenz des Studen_innenparlaments und des RefRats an der HU bereits intern viel diskutiert wird. Die Hochschulleitung versucht nun ihre Sicht von Transparenz mit autoritären Mitteln durchzudrücken und verlangt wie die AfD die Namen der letztjährigen Referent*innen. Dass Partizipation, etwa im Falle von autonomen Referaten oder von antifaschistischen Gruppen, nur mit Schutz der Beteiligten möglich ist, scheint sie dabei zu übersehen. Rechtsradikale Strukturen wie die AfD und andere Anti-Antifagruppen wollen nämlich meistens nicht zum Kaffee vorbeikommen, wenn sie die entsprechenden

Namen und Adressen rausgefunden haben. Mittlerweile hat aber die Uni die Studischaft verklagt, um diese Namen zu bekommen. Der RefRat sieht darin ein Angriff auf ihre eigene demokratische Struktur. Dazu passt, dass die Hochschulleitung nicht parlamentarisch gewählte sondern basisdemokratische Gruppen nicht anerkennt und von diesen Mieten für die Nutzung der Räume verlangt, obwohl sie fester Bestandteil der selbstgewählten Struktur der studentischen Selbstverwaltung sind. Hierunter sind viele Fachschaftsinitiativen, die Beratungsangebote machen, die an unseren sozial ausgrenzenden Hochschulen dringend gebraucht werden. Darunter befindet sich die größte BAFöG-Beratung Berlins, mit der die Uni an anderen Stellen schon für sich geworben hat, obwohl es eine rein ehrenamtliche studentische Initiative ist.

Zuletzt reiht sich in diese Schikane studentischer Selbstverwaltung unseren Recherchen zufolge die Verweigerung einem studentischen Kommissionsmitglied seine Aufwandsentschädigung zu zahlen. Mit all dem zeigt die Hochschulleitung der HU nicht nur ein autoritäres Demokratieverständnis sondern auch kein Interesse an den Ausgrenzungsmechanismen ihrer eigenen Institution.

2. ENTLASSUNGEN VON STUDIS

Nachdem die HU vor einigen Monaten verklagt wurde, weil eine studentische Hilfskraft entgegen dem Berliner Recht wissenschaftsferne Arbeit verrichtet hat, ging die Hochschulleitung nicht auf die Angebote des Personalrates ein, eine Übergangslösung zu finden, sondern lässt in den kommenden Monaten alle 600 Verträge von wissenschaftlichen Hilfskräften in Verwaltungstätigkeiten auslaufen. Darunter sind Arbeitsverhältnisse, bei denen schon längst ausgehandelt waren, wie sie ab Oktober weitergeführt werden sollten, die nun aber eine Woche vor dem Monatswechsel abgesagt wurden. Damit baut die Hochschulleitung auf dem Rücken der studentischen Hilfskräfte Druck auf, dass mit einer Gesetzesänderung entsprechende Arbeitsverhältnisse doch erlaubt werden. Dabei sind Beschäftigungen als studentische Hilfskräfte ein nicht hinnehmbares Lohndumping. Trotz berliner Tarifvertrag machen es sich die Hochschulleitungen mit diesen befristeten Verträgen viel leichter, ihre Verwaltung und Infrastruktur aufrechtzuerhalten, als wenn sie reguläre Arbeitsverhältnisse ausschreiben würden. Die nun drohende Lösung einer Outsourcing an Drittanbieter*innen, hilft da natürlich auch nicht.